



GEMEINDE
RIGGISBERG

Gemeindeschreiberei

Telefon 031 808 01 33

Fax 031 808 01 30

gemeindeschreiberei@riggisberg.ch

Personalreglement der Einwohnergemeinde Riggisberg

Genehmigt vom Gemeinderat

04.10.2025

Genehmigt von der Gemeindeversammlung

03.12.2025

Inkraftsetzung

01.01.2026

Verteiler:

- Webseite riggisberg.ch
- Interner Verteiler

Riggisberg, 3. Oktober 2025/klü

Inhaltsverzeichnis

I.	Organisatorisches.....	2
II.	Rechtsverhältnis	3
III.	Anstellungsbedingungen	3
IV.	Lohnsystem	4
V.	Leistungsbeurteilung	5
VI.	Besondere Bestimmungen	6
VII.	Übergangs- und Schlussbestimmungen.....	8
ANHANG I	JAHRESENTSCHÄDIGUNGEN, SITZUNGSGELDER UND SPESEN BEHÖRDEMITGLIEDER	10
I.	Feste Jahresentschädigungen.....	10
II.	Tag- und Sitzungsgelder für Behördenmitglieder nach Art. 25 Abs. 1 Personalreglement	10
III	Spesen Behördenmitglieder nach Art. 25 Abs. 1 Personalreglement	11
IV.	Abänderungen, Schlussbestimmungen	11

I. Organisatorisches

Kompetenzen Gemeinderat	<p>Art. 1</p> <p>Der Gemeinderat ist berechtigt, in einer Verordnung insbesondere zu folgenden Punkten Ausführungsbestimmungen zu beschliessen:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Arbeitszeitb) Ferienbezug/Ferienoptionenc) Freie Taged) Treueprämiee) Pikettentschädigungen und Zuschlägef) Sitzungsgelder des Personalsg) Spesenentschädigungen für das Personalh) Mitarbeiterförderung
Abteilungslei- tungskonferenz (ALK)	<p>Art. 2</p>
a) Zusammensetzung	<p>¹ Die Abteilungsleitungskonferenz setzt sich aus den Abteilungsleitenden, der HR-Leitung und dem Gemeindepräsidium zusammen.</p>
b) Kompetenzen	<p>² Die Abteilungsleitungskonferenz ist zuständig für</p> <ul style="list-style-type: none">a) eine einheitliche Handhabung/Auslegung der Personalerlasseb) die jährlichen, individuellen Erhöhungen der Gehaltsstufen des Personals im Rahmen der vom Gemeinderat zur Verfügung gestellten Lohnsumme gemäss Art. 12c) den Entscheid über die Ausrichtung von Leistungsprämien gemäss Art. 16 im Rahmen der vom Gemeinderat zur Verfügung gestellten Lohnsummed) Antragstellung über die Ausrichtung von Leistungsprämien gemäss Art. 16 (wenn ausserhalb der vom Gemeinderat zur Verfügung gestellten Lohnsumme).

II. Rechtsverhältnis

Geltungsbereich

Art. 3

¹ Die in diesem Personalreglement aufgestellten Vorschriften gelten mit Ausnahme der privatrechtlich angestellten Personen und Abs. 2 für das gesamte Personal der Gemeinde.

² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Gesetzgebung über die Anstellung der Lehrkräfte.

³ Soweit dieses Reglement und die dazugehörige Verordnung nicht abweichende Bestimmungen enthalten, gelten die kantonalen Vorschriften.

⁴ Die Beschlüsse des Regierungsrats zu personalpolitischen Fragen (Teuerung, etc.) gelten auch für das Gemeindepersonal.

Öffentlich-rechtlich
angestelltes Personal

Art. 4

Das Personal der Einwohnergemeinde Riggisberg wird öffentlich-rechtlich mit Vertrag angestellt.

Privatrechtlich
angestelltes Personal

Art. 5

¹ Aushilfspersonal im Stundenlohn, welches nur für kurze Einsätze angestellt wird, wird privatrechtlich angestellt.

² Massgebend sind ausschliesslich die vertraglichen Bestimmungen und ergänzend das Schweizerische Obligationenrecht.

Kündigung

Art. 6

¹ Die Kündigungsfrist für Angestellte - ausgenommen für Abteilungsleitende - beträgt drei Monate.

² Die Kündigungsfrist für die Abteilungsleitenden beträgt sechs Monate.

³ Die Kündigung durch die Gemeinde erfolgt in Form einer begründeten Verfügung. Das betroffene Personal ist vorher anzuhören.

III. Anstellungsbedingungen

Arbeitszeit

Art. 7

Es gilt das Arbeitszeitmodell der Jahresarbeitszeit auf der Basis von 42 Stunden pro Woche bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent.

Altersgrenze

Art. 8

¹ Das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden endet spätestens auf Ende des Monats, in dem die betroffene Person ihr 65. Lebensjahr vollendet hat.

² Mitarbeitende, deren Arbeitsverhältnis nach Absatz 1 beendet worden ist, können jeweils, auf Beschluss des zuständigen Organs, für ein Jahr weiterbeschäftigt werden, höchstens aber bis zur Vollendung des 70. Altersjahres.

Arbeitszeugnis

Art. 9

¹ Mitarbeitende können jederzeit ein Zeugnis verlangen, das sich über die Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie über die Leistungen und ihr Verhalten ausspricht.

² Auf besonderes Verlangen des*der Mitarbeitenden hat sich das Zeugnis auf Angaben über die Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses zu beschränken.

Treueprämie

Art. 10

Die Mitarbeitenden haben Anspruch auf Treueprämien. Der Gemeinderat regelt die Details in einer Verordnung.

IV. Lohnsystem

Grundsatz

Art. 11

Der Gemeinderat ordnet in seiner Verordnung jede Stelle einer Gehaltsklasse gemäss Gehaltsklassentabelle (degressive Tabelle) für das Personal der bernischen Kantonsverwaltung zu. Dabei berücksichtigt er die Anforderungen und Belastungen und vergleicht die Gehälter der öffentlichen Gemeinwesen und der Privatwirtschaft.

Aufstieg

Art. 12

¹ Der Aufstieg innerhalb einer Gehaltsklasse erfolgt durch Anrechnung von Gehaltsstufen.

² Der Gemeinderat legt fest, welche Mittel für Aufstiege insgesamt zur Verfügung stehen. Er berücksichtigt bei seinem Entscheid die finanzielle Lage der Gemeinde, die Konjunkturlage und die Entwicklung der Gehälter der öffentlichen Gemeinwesen und der Privatwirtschaft.

³ Ob und in welchem Ausmass ein Aufstieg erfolgt, ist abhängig

- von der individuellen Leistung
- vom individuellen Verhalten
- von der gerechten Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb der Abteilung und der gesamten Verwaltung
- von anderen sachlich haltbaren Gründen.

⁴ Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Gehaltsaufstiegen.

V. Leistungsbeurteilung

Abteilungsleitende

Art. 13

¹ Zwei vom Gemeinderat bestimmte Ratsmitglieder sind für die Leistungsbeurteilung der Abteilungsleitenden verantwortlich.

² Sie gehen dabei wie folgt vor:

- a) sie führen mit jeder*jedem Abteilungsleitenden einzeln Beurteilungsgespräche durch;
- b) sie geben den Betroffenen die Leistungsbeurteilung und die entsprechende Veränderung des Gehalts bekannt und geben ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme;
- c) sie unterbreiten dem Gemeinderat ihren Antrag zum Beschluss.

Übrige Stellen

Art. 14

¹ Die Vorgesetzten sind für die Leistungsbeurteilung der ihnen unterstellten Personen verantwortlich.

² Sie gehen dabei wie folgt vor:

- a) sie führen mit jeder*jedem Mitarbeitenden einzeln Beurteilungsgespräche durch;
- b) sie geben den Betroffenen die Leistungsbeurteilung und die entsprechende Veränderung des Gehalts bekannt und geben ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme;
- c) Die Vorgesetzten unterbreiten der Abteilungsleitungskonferenz ihren Antrag zum Beschluss.

Eröffnung/Rechtsmittel Art. 15

¹ Der begründete Entscheid zur Leistungsbeurteilung und der Gehaltsstufeneinreihung ist dem Personal bekanntzugeben.

² Das Personal kann innert 10 Tagen nach Bekanntgabe des Entscheides eine beschwerdefähige Verfügung verlangen.

³ Das Personal kann die Verfügung innert 30 Tagen nach Eröffnung mit Verwaltungsbeschwerde beim Regierungsstatthalter anfechten.

Aussergewöhnliche Leistungen

Art. 16

Der Gemeinderat kann im Einzelfall aussergewöhnliche Leistungen mit einmaligen Prämien von maximal CHF 5'000.00 belohnen.

VI. Besondere Bestimmungen

A. Allgemeines

Kompetenzdelegation Art. 17

Der Gemeinderat kann Zuständigkeiten und Aufgaben an eine Delegation des Gemeinderates, einzelnen Gemeinderatsmitgliedern, der Abteilungsleitungskonferenz oder an Vorgesetzte delegieren.

Arbeitsplatzbewertung Art. 18

Ändert sich das Arbeitsvolumen wesentlich, lässt der Gemeinderat die betroffenen Stellen neu bewerten.

Funktionendiagramm Art. 19

Der Gemeinderat umschreibt die Zuständigkeiten und Unterschriftenregelung der einzelnen Stellen in einem Funktionendiagramm.

Stellenausschreibung Art. 20

Die Gemeinde schreibt freie Abteilungsleitenden-Stellen öffentlich aus.

Unfallversicherung	Art. 21 Die Gemeinde versichert das Personal gegen die Folgen von Berufs- und Nichtberufsunfällen gemäss Unfallversicherungsgesetz (UVG).
Taggeldversicherung	Art. 22 Schliesst die Gemeinde eine Taggeldversicherung ab, gehen die gesamten Prämien zu ihren Lasten. Art. 23
Pensionskasse	¹ Die Gemeinde versichert das Personal gegen die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität, des Alters und des Ablebens im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) und besonderer Gemeindevorschriften.
Abgangsentschädigung	² Die Bestimmungen des kantonalen Rechts über die Abgangsentschädigungen und die Rentenansprüche (Art. 32 und 33 PG) finden in der Gemeinde keine Anwendung.
Sitzungsgeld	Art. 24 Das Personal hat Anspruch auf Sitzungsgeld, wenn die Sitzung nicht als Arbeitszeit angerechnet wird.
Jahresentschädigung, Spesen Behördenmitglieder	Art. 25 ¹ Die Höhe der Entschädigungen und Spesen für Behördenmitglieder werden im Anhang 1 geregelt. ² Die Höhe der Entschädigungen für das Gemeindepräsidium wird in Art. 26 ff geregelt. <i>B. Gemeindepräsidium</i>
Besoldung Gemeindepräsidium	Art. 26 Die Besoldung für das Gemeindepräsidium entspricht der Gehaltsklasse 24 mit 80 Gehaltsstufen nach kantonomer Tabelle (Gehalttausrichtung entsprechend dem Anstellungsgrad).

Art. 27

Zulagen/Spesen/
Entschädigungen
Gemeindepräsidium

¹ Die Ausrichtung von Kinderzulagen und Betreuungszulagen für das Gemeindepräsidium richtet sich nach dem kantonalen Recht.

² Ausgerichtete Entschädigungen für die Einsitznahme in einem externen Gremium (z.B. Grossrat, Regionalkonferenz) durch das Gemeindepräsidium gehen voll zu seinen bzw. ihren Gunsten.

³ Die Sitzungsgelder und Spesen (Kilometerentschädigung, Mahlzeitenentschädigung etc.) können gemäss Personalreglement geltend gemacht werden.

Abfindung
Gemeindepräsidium

Art. 28

¹ Das Gemeindepräsidium hat bei Nichtwiederwahl Anspruch auf drei zusätzlichen Monatslöhne.

² Bei Rücktritt, Ausscheiden wegen dem Ablauf der Amtsdauer, Pensionierung sowie wegen Invalidität wird keine Abgangsentschädigung gewährt.

Nebenbeschäftigung
Gemeindepräsidium

Art. 29

Das Gemeindepräsidium ist zur Offenlegung der Nebenbeschäftigungen, Verwaltungsratsmandate und dergleichen verpflichtet.

Personalvorsorge
Gemeindepräsidium

Art. 30

¹ Das Gemeindepräsidium wird nach den Bestimmungen der Personalvorsorge versichert.

² Arbeitgeberbeiträge der Gemeinde an die Vorsorgeeinrichtung werden höchstens bis zum vollendeten AHV-Rücktrittsalter geleistet.

VII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Änderungen

Art. 31

Machen Änderungen der staatlichen Vorschriften eine Anpassung dieses Reglementes notwendig, so kann diese der Gemeinderat in eigener Kompetenz vornehmen.

Inkrafttreten

Art. 32

Dieses Reglement mit Anhang I tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Art. 33

Aufhebung bisheriges
Reglement

Das bisherige Personalreglement vom 18. Dezember 1996 wird
per 31. Dezember 2025 aufgehoben.

ANHANG I JAHRENTSCHÄDIGUNGEN, SITZUNGSGELDER UND SPESEN BEHÖRDEMITGLIEDER

I. Feste Jahresentschädigungen

Gemeinderat

Vizegemeinderatspräsidien	CHF	7'000.00
Gemeinderatsmitglieder	CHF	6'000.00

Baukommission

Präsidium	CHF	1'000.00
-----------	-----	----------

Schulkommission

Präsidium	CHF	1'000.00
-----------	-----	----------

Kommission für Integration und besondere Massnahmen

Präsidium	CHF	300.00
-----------	-----	--------

Kommission Regionale Sozialbehörde

Präsidium	CHF	1'000.00
-----------	-----	----------

Kommission Regionale Schulsozialarbeit

Präsidium	CHF	1'000.00
-----------	-----	----------

Kommission Regionale Jugendarbeit

Präsidium	CHF	1'000.00
-----------	-----	----------

Feuerwehrkommission/Feuerwehrfunktionen

Ansätze gemäss Verordnung zum Feuerwehrreglement

Abstimmungs- und Wahlausschuss

Präsidium	CHF	300.00
Alle Mitglieder	analog Regelung Sitzungsgeldentschädigung gemäss Ziffer II hienach	

II. Tag- und Sitzungsgelder für Behördenmitglieder nach Art. 25 Abs. 1

Mitglieder des Gemeinderates, der ständigen Kommissionen und der Spezialkommissionen sowie Gemeindedelegierte

a)	Ganztagsitzung (mehr als 6 Stunden)	CHF	200.00
b)	Halbtagsitzung (mindestens 3 Stunden bis 6 Stunden)	CHF	100.00
c)	Abend- und Kurzsitzungen (mind. 1 Stunde bis unter 3 Stunden)	CHF	40.00
d)	Mini-Sitzungen (unter 1 Stunde)	CHF	20.00
e)	Schulbesuche pro Lektion	CHF	15.00

Die weiteren Details regelt der Gemeinderat in der Weisung zu Spesen, Sitzungsgeldern und Pauschalentschädigungen für Behördenmitglieder.

III Spesen Behördenmitglieder nach Art. 25 Abs. 1

Folgende Spesen können abgerechnet werden:

- Bahnbillet 2. Klasse oder CHF -.70 pro Autokilometer. Nach Möglichkeit sind die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen.
- pro Mahlzeit max. CHF 25.00
- Telefon, Porti, Verbrauchsmaterial

IV. Abänderungen, Schlussbestimmungen

Der Gemeinderat ordnet im Rahmen seiner Kompetenzen alle weiteren Entschädigungsansprüche von Behörden, welche in diesem Reglement nicht aufgeführt sind.

Genehmigung

Dieses Personalreglement der Einwohnergemeinde Riggisberg wurde an der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember 2025 genehmigt.

NAMENS DER EINWOHNERGEMEINDE
RIGGISBERG

Riggisberg, 22. Dezember 2025

Michael Bürki
Der Präsident

Karin Lüthi
Die Gemeindeschreiberin

Auflagezeugnis

Die unterzeichnende Gemeindeschreiberin bescheinigt, dass dieses Personalreglement vom 3. November bis 2. Dezember 2025 während 30 Tage vor der beschlussfassenden Versammlung in der Gemeindeschreiberei öffentlich auflag. Die Auflage wurde im Anzeiger Gürbetal Längenberg Schwarzenburgerland vom 30. Oktober und 6. November 2025 publiziert.

Die Gemeindeschreiberin

Riggisberg, 22. Dezember 2025

Karin Lüthi